

**FRAGENKATALOG AN DAS DESIGNIERTE
KOMMISSIONSMITGLIED****Glenn MICALLEF****Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport****1. Allgemeine Befähigung, Einsatz für Europa und persönliche Unabhängigkeit**

Welche Aspekte Ihrer persönlichen Qualifikationen und Erfahrungen sind für Ihre künftige Tätigkeit als Mitglied der Kommission und für die Durchsetzung der allgemeinen Interessen der Union besonders relevant, insbesondere in Bezug auf das Ressort, für das Sie zuständig wären? Wie gedenken Sie zur Umsetzung der politischen Leitlinien der Kommission beizutragen? Wie gedenken Sie die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung umzusetzen und den Gleichstellungsaspekt in alle Politikbereiche Ihres Geschäftsbereichs einzubeziehen? Wie gedenken Sie die durchgängige Berücksichtigung der Anliegen junger Menschen umzusetzen?

Welche Garantien für Ihre Unabhängigkeit können Sie dem Parlament geben, und wie können Sie sicherstellen, dass durch Ihr vergangenes, derzeitiges und künftiges Handeln keine Zweifel daran aufkommen, wie Sie Ihr Amt in der Kommission ausüben?

Es ist mir eine große Ehre, von der gewählten Präsidentin von der Leyen als designiertes Kommissionsmitglied mit dem in dieser Form neuen Ressort für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport betraut zu werden. Dieses Ressort steht für mich für eine strategische Investition in die Zukunft Europas, unsere Demokratie und unser Wohlergehen und bringt den Bürgerinnen und Bürgern greifbare Vorteile, damit sie ihr Potenzial voll ausschöpfen können.

Ich bin davon überzeugt, dass ich mich mit meinen Qualifikationen und Erfahrungen bestens für die allgemeinen Interessen der EU einsetzen kann. Meine Leidenschaft für das europäische Projekt wurde bereits während meines Praktikums im Europäischen Parlament geweckt. Seitdem hatte ich in Malta verschiedene Positionen im EU-Bereich inne, darunter die des Generaldirektors der EU-Koordinierungsabteilung (2018-2020), des Leiters des Sekretariats des Premierministers (2020-2024) und die des Sherpas für den Premierminister und des europapolitischen Beraters (2020-2024).

In Anbetracht meiner bisherigen und insbesondere meiner letzten Aufgaben, durch die ich in den vergangenen vier Jahren an allen Beratungen des Ministerkabinetts teilnehmen konnte, war ich mit mehreren Herausforderungen in den Bereichen des mir zugewiesenen Ressorts persönlich konfrontiert und bin mir der zahlreichen Möglichkeiten in diesem Zusammenhang bewusst.

Zudem habe ich mich in Jugend-, Sport- und Kulturorganisationen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene eingebracht. Ich war Vorsitzender des Verwaltungsrates und Mitglied der St. John's Co-Cathedral Foundation, Vizepräsident eines lokalen Fußballvereins, Vizepräsident und Internationaler Sekretär der Labour Youths (Malta), Präsident der Socialist Students Union und Mitglied der Kontrollkommission der International Union of Socialist Youth (Internationale Union der Sozialistischen Jugend). Mit diesen praktischen Erfahrungen kann ich das mir zugewiesene Ressort mit Leben füllen und habe unschätzbare Lektionen gelernt, vor allem über die entscheidende Rolle, die Ehrenamtliche, Freiwillige und andere Akteure in diesen Bereichen spielen. Ich freue mich darauf, sehr eng mit dem Europäischen Parlament und dem Rat zusammenzuarbeiten, um die vielen Möglichkeiten in jedem der Bereiche des mir zugewiesenen Ressorts zu nutzen.

Im Falle meiner Bestätigung werden die Unterstützung der Menschen sowie die Stärkung unserer Gesellschaft und unseres Gesellschaftsmodells im Mittelpunkt meiner Arbeit zur Förderung der Generationengerechtigkeit in Europa stehen. In diesem Sinne werde ich mich weiter für Kinder und Jugendliche Europas als Akteure des

Wandels einsetzen, sodass sie befähigt werden, etwas für die Nachhaltigkeit und die Solidarität zwischen den Generationen zu bewirken. Zudem werde ich eine umfassende Strategie für Generationengerechtigkeit ausarbeiten, bei der die Auswirkungen heutiger Entscheidungen auf künftige Generationen und Rückmeldungen aller Altersgruppen voll und ganz berücksichtigt werden. Die Einrichtung und Umsetzung des Jugendbeirats der Präsidentin und die jährlichen Politikdialoge der Kommissionsmitglieder mit jungen Menschen sind wichtige Elemente und werden natürlich in die Strategie für Generationengerechtigkeit einfließen. Ich freue mich darauf, bereits in den ersten 100 Tagen meiner Amtszeit mit der Ausrichtung der Politikdialoge mit jungen Menschen zu beginnen, und werde die anderen Kommissionsmitglieder aktiv bei der Organisation ihrer Dialoge unterstützen. Im Falle meiner Bestätigung werde ich alle für junge Menschen relevanten Initiativen der Kommission einem „Jugendtest“ unterziehen und somit die durchgängige Berücksichtigung der Anliegen junger Menschen gewährleisten.

Der Kultur kommt in der Europäischen Union eine entscheidende Rolle zu. Unser reichhaltiges und vielfältiges kulturelles Angebot trägt zum Gemeinwohl bei, verbessert die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger sowie ihre psychische Gesundheit und fördert gleichzeitig das Zugehörigkeitsgefühl. Zudem leistet die Kultur einen wichtigen Beitrag für unsere Wirtschaft sowie für den nachhaltigen Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Ausgangspunkt unserer Arbeit wird der Kulturkompass sein – unsere Vision für die kommende Amtszeit und darüber hinaus.

Im Falle meiner Bestätigung werde ich mit der Präsidentin und allen Kommissionsmitgliedern umfassend zusammenarbeiten, um die vollständige und fristgerechte Umsetzung der politischen Leitlinien und die kollektive Verantwortung der Kommission gegenüber den EU-Bürgerinnen und -Bürgern zu gewährleisten.

Die EU setzt sich in allen Politikbereichen für Geschlechtergleichstellung ein, wie sie in den EU-Verträgen und der Grundrechtecharta verankert ist. Im Falle meiner Bestätigung werde ich die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung in den verschiedenen Politikbereichen meines Ressorts beibehalten. Zudem werde ich geschlechtsspezifische Unterschiede angehen, Gleichberechtigung und gegenseitige Achtung fördern und die Geschlechtergleichstellung durch internationale Kultur- und Sportdiplomatie voranbringen. Mit der EU-Jugendstrategie beabsichtige ich ferner, geschlechts- und altersbedingte Ungleichheiten zu beseitigen. Im Hinblick auf die Programme in meinem Zuständigkeitsbereich werde ich mich darum bemühen, dass diese Instrumente umfassend auf die Gleichstellung und die soziale Inklusion ausgerichtet sind.

Ich bin mir voll und ganz bewusst, dass für ein Mitglied des Kommissionskollegiums gemäß Artikel 17 Absatz 3 EUV und Artikel 245 AEUV und dem Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder ein Höchstmaß an Unabhängigkeit unerlässlich ist. Während meiner Laufbahn in der öffentlichen Verwaltung habe ich stets auf strikte Unabhängigkeit von allen anderen Funktionen, die ich ausübte, geachtet. Dabei habe ich mich in meinem Amt ausschließlich von allgemeinen öffentlichen Interessen leiten lassen und strikt im Einklang mit den geltenden Vorschriften und Verfahren gehandelt. Diese ethischen Standards der Unabhängigkeit, der beruflichen Integrität und des Allgemeininteresses werde ich auch weiterhin uneingeschränkt wahren. Ich werde ausschließlich im europäischen öffentlichen Interesse handeln und keine Weisungen von Regierungen, Organen, Einrichtungen, Ämtern oder anderen Stellen entgegennehmen oder einholen. Ich werde den Verhaltenskodex für die Mitglieder der Europäischen Kommission, insbesondere dessen Bestimmungen über Interessenkonflikte, einhalten. Ich möchte schließlich betonen, dass es in Bezug auf die mir zugewiesenen Politikbereiche keinen potenziellen Interessenkonflikt gibt.

2. Verwaltung des Geschäftsbereichs und Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament

Können Sie zusagen, dass Sie das Parlament ordnungsgemäß über Ihre Tätigkeiten und die Tätigkeiten Ihrer Dienststellen informieren werden? Inwiefern sehen Sie sich gegenüber dem Parlament als rechenschaftspflichtig?

Welche konkreten Zusagen können Sie uns geben, was Ihre Zusammenarbeit mit dem Parlament bzw. Ihre Anwesenheit sowohl in den Ausschüssen als auch im Plenum anbelangt und was Transparenz, Kooperation und wirksame Folgemaßnahmen zu den Standpunkten des Parlaments und Aufforderungen zur Vorlage von Gesetzgebungsinitiativen betrifft? Sind Sie im Hinblick auf geplante Initiativen und laufende Verfahren bereit, dem Parlament gleichberechtigt mit dem Rat zeitnah Informationen zu übermitteln und Einsicht in Unterlagen zu gewähren?

Ich bin überzeugt von der Kraft des Dialogs. Bei allen Funktionen, die ich bekleidete, war es mir stets ein Anliegen, mit meinen Gegenübern und Partnern auf allen Ebenen konstruktiv zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Ziele

zu erreichen. Im Falle meiner Bestätigung werde ich während meiner gesamten Amtszeit mit dem Europäischen Parlament in genau diesem Sinne zusammenarbeiten.

Ich werde regelmäßig und strukturiert mit den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden und den Koordinatorinnen und Koordinatoren des zuständigen Ausschusses kommunizieren und die Abgeordneten als wichtige Partner systematisch zu Gesprächen einladen. Ich setze mich für die Beibehaltung eines offenen Kommunikationskanals sowie regelmäßige Sitzungen mit dem Ausschuss für Kultur und Bildung ein. Ferner werde ich gerne an den Plenardebatten im Parlament zu Themen aus meinem Ressort teilnehmen.

Dies bedeutet natürlich auch, dass ich gerne regelmäßig an den Sitzungen des Ausschusses für Kultur und Bildung teilnehmen werde und für alle Anfragen des Europäischen Parlaments zur Verfügung stehe, um Themen aus meinem Zuständigkeitsbereich in dem am besten geeigneten Format zu erörtern – wie es in den Politischen Leitlinien 2024-2029 der gewählten Präsidentin von der Leyen festgelegt ist. Zudem werde ich gemäß den Politischen Leitlinien dem Ausschuss für Kultur und Bildung und dem Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ einen jährlichen Fortschrittsbericht mit den Schwerpunkten Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport vorlegen. Ich werde ferner dezidierte interne Verfahren zwischen meinem künftigen Kabinett und den Dienststellen einrichten, um zu gewährleisten, dass alle parlamentarischen Entschlüsse, Anfragen und Petitionen in meinem Zuständigkeitsbereich rechtzeitig beantwortet werden.

Im Falle meiner Bestätigung werde ich im Kontakt mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments der Rahmenvereinbarung aus dem Jahr 2010 zwischen dem Parlament und der Kommission und der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung aus dem Jahr 2016 Rechnung tragen. Ich begrüße die in den Politischen Leitlinien 2024-2029 vorgesehene Überarbeitung der Rahmenvereinbarung von 2010 und die ebenfalls geplante Erneuerung der Vereinbarung über bessere Rechtsetzung von 2016 und werde eng mit den zuständigen Kommissionsmitgliedern zusammenarbeiten.

Darüber hinaus verpflichte ich mich zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament im Rahmen des Artikels 225 AEUV, unter anderem durch die Teilnahme an strukturierten Dialogen mit dem Ausschuss für Kultur und Bildung. Ich beziehe mich hierbei auf Präsidentin von der Leyens Zusage in den Politischen Leitlinien 2024-2029, Entschlüsse des Parlaments auf dessen Ersuchen und unter Achtung der Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, der Subsidiarität und der besseren Rechtsetzung mit einem Rechtsakt nachzukommen.

Transparenz bei der Politikgestaltung und die Stärkung der besonderen Partnerschaft zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission sind zwei Grundpfeiler für eine wirksame Politik. Ferner tragen sie entscheidend dazu bei, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Projekt zu stärken.

Mir ist voll und ganz bewusst, wie wichtig ein gleichberechtigter Zugang zu Informationen für die gesetzgebenden Organe ist.

Abschließend möchte ich unterstreichen, dass es in Bezug auf die mir zugewiesenen Politikbereiche keinen potenziellen Interessenkonflikt gibt.

Fragen des Ausschusses für Kultur und Bildung:

3. Wie sieht Ihre Vision für die Zukunft der Jugendpolitik der EU sowohl im Hinblick auf die strategischen Prioritäten als auch auf die verfügbaren EU-Haushaltsmittel aus? Wie werden Sie insbesondere dafür Sorge tragen, dass die Folgemaßnahmen zum Europäischen Jahr der Jugend, die Durchführung des „Jugendtests“ und die Koordinierung der jährlichen jugendpolitischen Dialoge in der Praxis wirksam funktionieren? Wie werden Sie darüber hinaus sicherstellen, dass die spezifischen Anforderungen und das Engagement junger Menschen in den nächsten fünf Jahren sowohl bei der Politikentwicklung als auch bei Beschlussfassungsverfahren weiterhin berücksichtigt werden? Welche weiteren Maßnahmen werden Sie ergreifen, um dafür zu sorgen, dass die durchgängige Berücksichtigung der Anliegen junger Menschen und die Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben sowie an einer künftigen Strategie für Generationengerechtigkeit Wirklichkeit werden?

Präsidentin von der Leyen hat sich klar dazu verpflichtet, jungen Menschen mehr Freiheit und Verantwortung in unseren Gesellschaften und Demokratien zu geben, und im Falle meiner Bestätigung werde ich unermüdlich gemeinsam mit allen Interessenträgern auf dieses Ziel hinarbeiten. Meine Priorität wäre es, die Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben weiter zu stärken und sicherzustellen, dass ihre Perspektiven in der Politikgestaltung zum Tragen kommen, und zwar durch Verfahren zur durchgängigen Berücksichtigung der

Anliegen junger Menschen in der gesamten Kommission. Ich bin fest entschlossen, dafür zu sorgen, dass das Europäische Jahr der Jugend 2022 eine dauerhafte, relevante Wirkung entfaltet, und ich werde jedes Mitglied des Kollegiums bei der Organisation der jährlichen Politikdialoge mit jungen Menschen unterstützen. Der erste dieser Dialoge wird noch innerhalb der ersten 100 Tage unseres Mandats stattfinden. Die Dialoge werden es ermöglichen, Input von jungen Menschen zu erhalten und diesen bei der Politikgestaltung auf EU-Ebene zu berücksichtigen, sodass wir einen inklusiveren, bedarfsorientierten Ansatz verfolgen und zugleich unsere Grundwerte fördern können.

Die Dialoge werden den „Jugendtest“ ergänzen, den die Kommission ab 2025 anwenden wird, um die Ansichten junger Menschen bei der Ausarbeitung von politischen Initiativen, die für diese Altersgruppe besonders relevant sind, zu berücksichtigen. Dies veranschaulicht, dass sich die Kommission mit Nachdruck für die Ideen junger Menschen einsetzt – wie im Rahmen des EU-Jugenddialogs und anderer von jungen Menschen geleiteter Initiativen gefordert. Ich werde mich für eine erfolgreiche Einführung des „Jugendtests“ einsetzen. Die Kommission wird im Rahmen des „Jugendtests“ prüfen, inwieweit die wichtigsten einschlägigen Initiativen in ihrem Jahresarbeitsprogramm für junge Menschen relevant sind, und für diejenigen Initiativen, bei denen eine solche Relevanz festgestellt wird, spezielle Jugendkonsultationen organisieren. Diese Vorgehensweise trägt nicht nur dazu bei, dass unsere Politikgestaltung zukunftssicher wird, sondern sie fördert auch die Generationengerechtigkeit in allen unseren Politikbereichen. Ich werde mit dem für Wirtschaft und Produktivität, Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Kommissionsmitglied zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass bei der Umsetzung des „Jugendtests“ die Instrumente für bessere Rechtsetzung in vollem Umfang zum Einsatz kommen.

Jungen Menschen Möglichkeiten zur Teilnahme an EU-Programmen zu bieten, ist einer der besten Wege, um ihnen das Potenzial der EU vor Augen zu führen. Im Rahmen von Erasmus+ können sich junge Menschen durch allgemeine und berufliche Bildung, die Förderung körperlicher Betätigung sowie nichtformale oder informelle Lernaktivitäten stärker in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt einbringen und sich mit Gleichaltrigen aus anderen Ländern vernetzen. Dies begünstigt die Entwicklung sozialer und interkultureller Kompetenzen und trägt zur Förderung der EU-Werte bei. Ich werde daher die Arbeit der für Fachkräfte, Kompetenzen und Vorsorge zuständigen Exekutiv-Vizepräsidentin uneingeschränkt unterstützen, um Erasmus+ wie in den politischen Leitlinien dargelegt zu stärken, damit die Menschen Kompetenzen erwerben, gemeinsam Erfahrungen sammeln und einander besser verstehen können. Ich bin überzeugt, dass all dies auch zum Engagement junger Menschen für das europäische Projekt und die Demokratie beitragen wird.

Um unser Ziel einer verbesserten demokratischen Teilhabe junger Menschen zu erreichen, bin ich entschlossen, bereits bestehende und geplante neue Initiativen so miteinander zu verknüpfen, dass sie sich gegenseitig verstärken. Es geht darum, Synergieeffekte zu schaffen zwischen dem „Jugendtest“, den jährlichen Politikdialogen von jungen Menschen und Kommissionsmitgliedern, der neuen Gruppe der Interessenträger im Jugendbereich sowie dem Jugendbeirat der Präsidentin, an dessen Einrichtung ich im Falle meiner Bestätigung mitwirken werde.

In gleichem Sinne ist es auch unerlässlich, dass die jugendpolitischen Maßnahmen der EU im Einklang mit der EU-Kinderrechtsstrategie entwickelt werden. Zwar richten sich die beiden politischen Dossiers grundsätzlich an unterschiedliche Altersgruppen mit unterschiedlichen Rechten und Bedürfnissen; doch für eine erfolgreiche Verwirklichung der EU-Ziele, auch im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit, ist hier die Kontinuität der Maßnahmen und politischen Strategien von entscheidender Bedeutung.

Als allererstes designiertes Kommissionsmitglied für Generationengerechtigkeit lege ich besonderen Wert darauf, eine echte, dauerhafte Kultur der partizipativen Demokratie zu schaffen, die für alle Altersgruppen – einschließlich Seniorinnen und Senioren – offen ist. Im Falle meiner Bestätigung werde ich eng mit dem für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit zuständigen Kommissionsmitglied zusammenarbeiten, um die demokratische Teilhabe und Repräsentation junger Menschen zu verbessern, auch mit Blick auf ihre Rechte als Erstwählerinnen und -wähler. Die Förderung der mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte sowie des demokratischen Engagements der Bürgerinnen und Bürger spielt für unsere Demokratien eine zentrale Rolle.

4. Politische Desillusionierung, Polarisierung, aber auch der Mangel an Perspektiven und Zukunftshoffnung unter jungen Menschen gehören zu den größten Herausforderungen für die Demokratie und das Aufbauwerk der EU als solches. Wie werden Sie gegen die weitverbreitete politische Desillusionierung vorgehen, deren Höhepunkt wir kürzlich bei der Wahl zum Europäischen Parlament erlebt haben? Wie beabsichtigen Sie, in diesem Zusammenhang die Auswirkungen der sozialen Medien auf junge Menschen und ihr allgemeines Wohlbefinden, einschließlich übermäßiger Bildschirmzeit, Cybermobbing sowie der Auswirkungen auf ihr politisches Verständnis und Engagement, anzugehen?

Durch Investitionen in unsere jungen Menschen, also in künftige Generationen, sorgen wir für den Erhalt eines starken Fundaments für ein geeintes und demokratisches Europa, in dem auch in den kommenden Jahrzehnten die Werte und Grundsätze der EU gedeihen. Junge Menschen sind 2024 mit einer Reihe spezifischer Herausforderungen konfrontiert. Die jüngsten Trends und Statistiken, die das Ausmaß der politischen Desillusionierung junger Menschen veranschaulichen, geben Anlass zur Sorge, und es müssen dringend konsequente, konzertierte Anstrengungen unternommen werden, um die Ursachen der Probleme zu ermitteln und anzugehen.

Die Desillusionierung hat verschiedene Facetten und wird von mehreren Faktoren vorangetrieben. Einer davon sind eindeutige Versuche autoritärer Regime und nichtdemokratischer Akteure, die europäische Gesellschaft zu spalten bzw. diese Spaltung zu verschlimmern. Solche Akteure wollen Misstrauen schüren und die Desillusionierung gegenüber den etablierten demokratischen Institutionen ausnutzen, um so den demokratischen Prozess in der EU zu untergraben und die demokratische Stimme der Bürgerinnen und Bürger sowie der Zivilgesellschaft zu schwächen. Junge Menschen sind permanent Desinformation und ähnlichen Taktiken ausgesetzt. Dies geschieht insbesondere im Internet, wo die Polarisierung systematisch verstärkt wird. In den jungen Menschen ruft dies ein Gefühl der Unsicherheit und Verletzlichkeit hervor, und ihr Vertrauen in die Demokratie und die etablierten Institutionen wird untergraben. Sie müssen sich in einer Welt zurechtfinden, die sich ständig wandelt und in der sie mit Cybermobbing und anderen Herausforderungen – online wie offline – konfrontiert sind.

Ich bin fest entschlossen, alle mir zur Verfügung stehenden Instrumente, einschließlich der Entwicklung einer auf junge Menschen ausgerichteten Politik und eines verstärkten Dialogs, zu nutzen, um unsere Gesellschaften wieder zu einen und junge Menschen zu unterstützen, und zwar auf Basis unserer gemeinsamen europäischen Werte. Wir müssen zusammen sicherstellen, dass junge Menschen mit den Kompetenzen, dem Wissen und dem Vertrauen ausgestattet werden, die sie als verantwortungsbewusste, engagierte und aktive Bürgerinnen und Bürger benötigen.

Um junge Menschen bei der Bewältigung der Herausforderungen zu unterstützen und auf dem bereits soliden Rechtsrahmen aufzubauen, ist eine Zusammenarbeit über verschiedene Politikbereiche hinweg notwendig. Cybermobbing ist ein weiteres großes Problem, das insbesondere unsere Jugend betrifft. Deshalb werde ich die Bekämpfung missbräuchlichen Verhaltens im Internet im Falle meiner Bestätigung zu einem der zentralen Themen meines Ressorts machen und einen Aktionsplan gegen Cybermobbing vorlegen. Dabei ist es entscheidend, einen umfassenden Ansatz zu verfolgen, der das Thema von unterschiedlichen Seiten angeht. Dazu zählen die Verhütung schädlicher Online-Praktiken und die Einbeziehung des Bildungssektors, verschiedener Akteure der Zivilgesellschaft sowie vertrauenswürdiger Hinweisgeber gemäß dem Gesetz über digitale Dienste.

Unsere digitale Gesellschaft bietet enorme Chancen, kann aber auch die körperliche und psychische Gesundheit und die Sicherheit der Menschen beeinträchtigen. Insbesondere unsere Kinder und Jugendlichen, die durch soziale Medien und übermäßige Bildschirmzeit gefährdet sind, müssen geschützt werden. Bei der EU-weiten Untersuchung zu den umfassenderen Auswirkungen sozialer Medien auf das Wohlergehen werde ich im Falle meiner Bestätigung eng mit den für Gesundheit sowie für Krisenvorsorge und -management und Gleichberechtigung zuständigen Kommissionsmitgliedern sowie mit der Exekutiv-Vizepräsidentin für Technologische Souveränität, Sicherheit und Demokratie zusammenarbeiten.

Die Notwendigkeit, die Teilhabe junger Menschen am demokratischen Prozess zu unterstützen und dem Druck entgegenzuwirken, dem junge Menschen heute ausgesetzt sind, wird auch in die Arbeiten unter der Federführung des für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit zuständigen Kommissionsmitglieds einfließen. Herausforderungen wie Desinformation und Informationsmanipulation aus dem Ausland betreffen junge Menschen in besonderer Weise. Soziale Medien können Botschaften und Bewegungen verstärken und sind dadurch zu einem leistungsstarken Instrument für das Engagement junger Menschen geworden. Jedoch ist kritisches Denken unerlässlich, um in den sozialen Medien die Orientierung zu behalten. Daher ist es wichtig, in digitale Kompetenz und Medienkompetenz zu investieren, damit junge Europäerinnen und Europäer Informationen kritisch bewerten, sich ungefährdet online engagieren und die Komplexität der sozialen Medien und der Technologien bewältigen können. Höhere Kompetenzniveaus würden auch ihre Fähigkeit verbessern, aktiv am demokratischen Leben und an den politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Im Falle meiner Bestätigung werde ich eng mit meinen Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiten, um Jugendbelange durchgängig in diesen Politikfeldern zu berücksichtigen und eine umfassende Konsultation der Vertreterinnen und Vertreter junger Menschen zu fördern.

5. Was ist Ihre Vision für den Schutz und die Förderung der Kultur- und Kreativbranchen und Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa unter Berücksichtigung der spezifischen Auswirkungen der künstlichen Intelligenz? Was wird ein wirksamer Kulturkompass umfassen, damit sichergestellt werden kann, dass Kultur und kulturelles Erbe kontinuierlich finanziert werden und im Mittelpunkt der europäischen Politikgestaltung stehen? Wie werden Sie angesichts des zunehmenden Drucks auf den EU-Haushalt dafür Sorge tragen, dass Kreatives Europa als einziges europäisches Programm, das ausschließlich der Kultur- und Kreativbranchen und Kultur- und Kreativwirtschaft gewidmet ist, im aktuellen EU-Haushalt nicht gekürzt und im Rahmen des nächsten MFR aufgestockt wird?

Die Kultur und unser vielfältiges kulturelles Erbe sind das Herz unserer europäischen Lebensweise; sie bilden das Erbgut unserer Gesellschaft und sind zugleich eine wertvolle wirtschaftliche Ressource. Um die Vielfalt und Dynamik des Kultur- und Kreativsektors zu schützen und zu fördern, bedarf es eines umfassenden Ansatzes, der sowohl dem inneren Wert der Kultur als auch ihrer entscheidenden Rolle als Motor des sozialen Zusammenhalts in vollem Umfang Rechnung trägt. Zugleich spielt dieser Sektor in der EU eine zentrale Rolle für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Im Falle meiner Bestätigung werde ich mich dafür einsetzen, den Beitrag des Kultursektors zur Wirtschaft der EU und zum Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger zu maximieren.

Die Kultur- und Kreativbranchen und die Kultur- und Kreativwirtschaft (im Folgenden verkürzt als „Kultur- und Kreativwirtschaft“ bezeichnet) tragen fast 4 % zum BIP der EU bei und bieten rund 8 Millionen Arbeitsplätze. Auch für die lokale und regionale Entwicklung sind sie von entscheidender Bedeutung. Sie sind ein Katalysator für die Stadterneuerung und für die Attraktivität unserer Regionen. Im Mittelpunkt unserer Vision für die Zukunft der Kultur- und Kreativwirtschaft steht die Erschließung der Wettbewerbsfähigkeit dieses Sektors. Im Falle meiner Bestätigung werde ich die zentralen Herausforderungen angehen und das Innovationspotenzial des Sektors nutzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und seine Zukunft zu sichern. Ebenso wichtig ist es, die Arbeiten zur Unterstützung von KMU im Kultur- und Kreativbereich fortzuführen, damit sie wettbewerbsfähig bleiben, etwa durch die Förderung von Hilfsangeboten und Vernetzungsmöglichkeiten für diese Unternehmen.

Das Umfeld, in dem die Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft in der EU tätig sind, verändert sich ständig. Aktuell sind sie mit einer Reihe neuer Gegebenheiten konfrontiert, die auch neue Herausforderungen mit sich bringen. Dies betrifft unter anderem die Arbeitsbedingungen von Künstlerinnen, Künstlern und Kreativschaffenden, den Fachkräftemangel, die Auswirkungen des Klimawandels auf unser kulturelles Erbe und die Folgen der künstlichen Intelligenz. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, benötigt der Sektor maßgeschneiderte Unterstützungsangebote. Die EU hat umfassende Maßnahmen ergriffen, um einen soliden Regelungsrahmen zu schaffen, der die Kreativwirtschaft und die kulturelle Vielfalt fördert, doch es muss noch mehr getan werden. Die künstliche Intelligenz eröffnet der Kultur- und Kreativwirtschaft Europas erhebliche Chancen, etwa bei der Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern, der Verbesserung des Zugangs zur Kultur und der Erhaltung des kulturellen Erbes.

Aufbauend auf bestehenden Vorschriften, einschließlich der Verordnung über künstliche Intelligenz, werde ich im Falle meiner Bestätigung zusammen mit der für Technologische Souveränität, Sicherheit und Demokratie zuständigen Exekutiv-Vizepräsidentin eine Strategie für künstliche Intelligenz im Kultur- und Kreativsektor ausarbeiten. Es wird insbesondere darum gehen, sicherzustellen, dass künstliche Intelligenz menschliche Kreativität ermöglicht und stärkt, statt den Menschen zu ersetzen, dass sie die kulturelle und sprachliche Vielfalt schützt und dass sie uns dabei hilft, auf dem globalen Markt wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft sowie die in diesem Sektor tätigen KMU können nur florieren, wenn die dort beschäftigten Menschen über Kompetenzen verfügen, die die fortlaufende Wettbewerbsfähigkeit des Sektors ermöglichen. Dazu gehören digitale Kompetenzen, insbesondere im Bereich fortgeschrittener Technologien, sowie unternehmerische Kompetenzen, einschließlich Fachwissen im Bereich des geistigen Eigentums. Deshalb möchte ich eng mit der für Fachkräfte, Kompetenzen und Vorsorge zuständigen Exekutiv-Vizepräsidentin zusammenarbeiten, um die derzeitigen Bemühungen im Rahmen des Kompetenzpakts für eine groß angelegte Partnerschaft in der Kultur- und Kreativwirtschaft zu verstärken und das Bewusstsein für geistiges Eigentum zu schärfen und dessen Schutz zu verbessern.

Ein umfassender Ansatz für die Kultur erfordert kommissionsweite Zusammenarbeit und eine gemeinsame Vision aller Interessenträger. Im Falle meiner Bestätigung werde ich die Federführung bei der Entwicklung eines neuen Kulturkompasses für die EU übernehmen, der als umfassender strategischer Rahmen dienen soll, um die zahlreichen Dimensionen der Kultur zu begleiten und nutzbar zu machen. Im Einklang mit den politischen Leitlinien würde der neue Kulturkompass die Kohärenz und die Sichtbarkeit der EU-Maßnahmen zur Unterstützung der vielfältigen Kultur Europas und seines reichen kulturellen Erbes im Interesse aller

Europäerinnen und Europäer verbessern. Ein besonderer Schwerpunkt läge auf der optimalen Ausschöpfung von Synergien zwischen politischen Maßnahmen der EU zum Nutzen der Kultur- und Kreativwirtschaft, und zwar sowohl für die interne als auch für die externe Politikdimension. Die Verbindungen zwischen Kultur und Gesundheit könnten auf Grundlage der Erkenntnisse und Empfehlungen gestärkt werden, die aus der vorbereitenden Maßnahme „CultureForHealth“ hervorgegangen sind. Gezielte Maßnahmen zur Unterstützung der Kultur in den Regionen Europas sind entscheidend, um die nachhaltige Entwicklung zu fördern, das Interesse junger Menschen zu wecken und dem Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken. Eine bessere Ausrichtung der verschiedenen kulturpolitischen Instrumente würde dazu beitragen, die Kultur und das kulturelle Erbe Europas für künftige Generationen zu erhalten und zu bereichern. Dieser Ansatz sollte auch aufgegriffen werden, wenn es um die Frage geht, inwieweit andere Politikbereiche der EU – etwa regionale Entwicklung und Innovation – für die Kultur relevant sind.

Was Finanzierungen und Investitionen betrifft, wird meine oberste Priorität darin bestehen, für die Ausschöpfung der im Rahmen von NextGenerationEU und den Programmen des aktuellen Finanzrahmens verfügbaren Ressourcen zu sorgen. Für die Kultur als horizontalen Politikbereich stehen Fördermittel nicht nur über Kreatives Europa, sondern auch im Rahmen von fast 20 anderen EU-Finanzierungsinstrumenten zur Verfügung. Zugleich müssen wir uns mit der Ausgestaltung des künftigen mehrjährigen Finanzrahmens und seiner Instrumente befassen. Unsere Überlegungen müssen mit der Frage „Was sollten wir finanzieren?“ beginnen, um dann zu ermitteln, wie wir unsere Ziele am besten erreichen und die Ergebnisse vor Ort maximieren können. Dadurch werden wir mit unseren Finanzierungen eine größere Wirkung erzielen. In jedem Fall benötigen wir einen strategischeren Ansatz für den Kulturbereich, der eine dynamische Interaktion zwischen der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Vitalität der Kultur- und Kreativwirtschaft auslöst. Ich werde mich darum bemühen, die besten Wege zur Erreichung dieser Ziele zu ermitteln, und mich in die Arbeit der Kommission als Ganzes einbringen, um das bestmögliche Vorschlagspaket für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen zu schnüren.

6. Wie gedenken Sie die kulturelle und sprachliche Vielfalt und die künstlerische Freiheit zu schützen, die kulturelle Zusammenarbeit und den Zugang der Öffentlichkeit zur Kultur zu verbessern, die Rolle der Kultur als Mittel zur Integration zu fördern, die Herausstellung europäischer kreativer Online Inhalte sicherzustellen und die Verbesserung der beruflichen und sozialen Lage von Künstlern und anderen Fachkräften der Kultur- und Kreativbranchen und Kultur- und Kreativwirtschaft zu unterstützen? Wie beabsichtigen Sie ferner, europäische Werke auf internationaler Ebene zu fördern und die internationalen Kulturbeziehungen zu verbessern?

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt ist ein wichtiges Gut; sie zählt zum Fundament der EU. Die EU setzt eine Vielzahl von Initiativen zur Förderung und Wahrung der kulturellen Vielfalt um, z. B. Regulierungsmaßnahmen, Finanzierungsprogramme und Leitinitiativen wie den europäischen Datenraum für das Kulturerbe oder die europäische kollaborative Cloud für das Kulturerbe. Die EU selbst ist Vertragspartei des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen aus dem Jahr 2005. Ich werde im Falle meiner Bestätigung auf diesen Initiativen aufbauen, um mich weiter für die kulturelle Vielfalt einzusetzen. Sie wird ein Kernelement meines Mandats bilden.

Der wichtigste Baustein der EU-Medienregulierung ist die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste. Sie enthält Bestimmungen, die auf die Förderung der kulturellen Vielfalt abzielen, indem sie die Präsenz und die Öffentlichkeitswirkung kreativer Inhalte aus Europa auf Streaming-Diensten sicherstellen und Anreize für Investitionen in solche Inhalte schaffen. Außerdem räumt die Richtlinie den Mitgliedstaaten die Möglichkeit ein, Maßnahmen zu ergreifen, um die Öffentlichkeitswirkung audiovisueller Mediendienste von allgemeinem Interesse zu gewährleisten und so den Medienpluralismus, die Meinungsfreiheit und die kulturelle Vielfalt zu fördern. Die laufende Studie über die Auffindbarkeit kreativer Online-Inhalte aus Europa wird dazu beitragen, die Herausforderungen in diesem Bereich zu ermitteln sowie Lösungen zur Wahrung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt auch in der digitalen Welt zu entwickeln. Im Falle meiner Bestätigung werde ich die bestehenden Vorschriften bestmöglich nutzen und in vollem Umfang anwenden und zugleich analysieren, was darüber hinaus getan werden kann.

Die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks ist für demokratische Gesellschaften und die kulturelle Vielfalt von wesentlicher Bedeutung. Der Schutz der Kunst vor politischer Einmischung und Zensur ist ein zentraler Aspekt beim Aufbau eines gemeinsamen europäischen Kulturraums. Im Falle meiner Bestätigung werde ich zusammen mit dem für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit zuständigen Kommissionsmitglied eine Initiative entwickeln, um gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft für die Freiheit von Künstlerinnen und Künstlern einzutreten. Zur Unterstützung dieser wichtigen Priorität müssen alle verfügbaren Instrumente eingesetzt werden; dies gilt auch für die Mobilisierung unserer

Finanzierungsprogramme, wie dies bereits beim Programm Kreatives Europa der Fall ist, mit dem Projekte der kulturellen Zusammenarbeit sowie Kulturnetzwerke gefördert werden.

Zur Wahrung der kulturellen Vielfalt und kreativer Prozesse muss auch ein günstiges Umfeld für Kulturschaffende aufgebaut werden. Ich teile die Besorgnis über die Arbeitsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern und Beschäftigten in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Ich bin daher fest entschlossen, die Arbeiten fortzusetzen, die die Kommission im Anschluss an den legislativen Initiativbericht des Europäischen Parlaments zur Verbesserung der sozialen und beruflichen Lage von Künstlern und Arbeitnehmern in der Kultur- und Kreativbranche eingeleitet hat. Im Falle meiner Bestätigung werde ich mich intensiv mit den für die einschlägigen Ressorts zuständigen Kommissionsmitgliedern abstimmen, um den Spielraum für weitere Maßnahmen der EU in diesem Bereich auszuloten. Außerdem werde ich eng mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten, den Sozialpartnern und mit Interessenträgern zusammenarbeiten, um dieses wichtige Thema voranzubringen. Im Falle meiner Bestätigung würde ich als ersten Schritt hochrangige Rundtischgespräche mit den maßgeblichen Interessenträgern organisieren, um gemeinsam das weitere Vorgehen in dieser Sache zu planen.

Kultur und Kulturerbe bringen Menschen zusammen und fördern das Zugehörigkeitsgefühl. Der Zugang dazu ist jedoch ungleich, da viele Menschen aufgrund ihrer sozioökonomischen Situation, einer Behinderung, der geografischen Lage oder anderer Faktoren mit Hindernissen konfrontiert sind. Kulturelle Teilhabe stärkt die Demokratie und sorgt dafür, dass sich mehr Bürgerinnen und Bürger aktiv engagieren. Im Falle meiner Bestätigung werde ich eng mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten und anderen einschlägigen Partnern und Interessenträgern zusammenarbeiten, um kulturelle Erfahrungen und das kulturelle Erbe zugänglicher und inklusiver zu machen – insbesondere für junge Menschen.

In einer Zeit, in der unsere Werte und unsere Sicherheit durch zunehmende geopolitische Instabilität bedroht werden, kann und sollte die Kultur eine größere globale Rolle spielen. Kultur kann dazu beitragen, gleichberechtigte Partnerschaften aufzubauen, Werte herauszustellen und Frieden, Sicherheit und nachhaltiges Wachstum zu unterstützen. Der Schutz des kulturellen Erbes, insbesondere in politisch fragilen Regionen, ist unsere gemeinsame Pflicht und Verantwortung, und wenn ich als Kommissar bestätigt werde, wird dies eine meiner Prioritäten sein. Im Rahmen unserer allgemeinen Unterstützung für die Ukraine ist mir der Schutz des reichen, einzigartigen ukrainischen Kulturerbes ein besonderes Anliegen.

Im Falle meiner Bestätigung werde ich eng mit der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik/Vizepräsidentin und anderen zuständigen Kommissionsmitgliedern zusammenarbeiten, um die Hebelwirkung der Kultur im auswärtigen Handeln der EU zu nutzen. Es ist ein erklärtes Ziel der EU, die kulturelle Dimension der nachhaltigen Entwicklung zu stärken. Im Falle meiner Bestätigung werde ich die internationalen Bemühungen unterstützen, um die Rolle der Kultur bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung über 2030 hinaus zu intensivieren. Die Entwicklung internationaler Kulturbeziehungen und die Förderung der Bekanntheit europäischer Werke im Ausland erfordern eine enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, nationalen Kulturinstituten und ihren europäischen Netzwerken, unserem Netzwerk der EU-Delegationen sowie anderen Interessenträgern im Kulturbereich, einschließlich der im Rahmen von Kreatives Europa unterstützten Netzwerke und Plattformen. Weitere Schwerpunkte meiner Arbeit werden der kontinuierliche Kapazitätsaufbau, verbesserte Vernetzungsmöglichkeiten und der Austausch bewährter Verfahren zwischen Mitgliedern des Netzwerks von Kreatives Europa sein.

7. Wie werden Sie sich für die Stärkung des europäischen Sportmodells einsetzen, das auf Werten, Solidarität und Inklusivität beruht, und wie werden Sie den Sport als Instrument zur Verbesserung des körperlichen und geistigen Wohlbefindens aller Menschen über alle Generationen hinweg fördern und gleichzeitig zu einer kohäsiven Gesellschaft beitragen? Wie werden Sie darüber hinaus mit den anderen Mitgliedern des Kollegiums und den Generaldirektionen zusammenarbeiten, um starke Synergieeffekte zwischen der Sportpolitik und der Bildungspolitik zu schaffen und die europäische Sportdiplomatie zu stärken?

Dem Sport wird eine immer größere Bedeutung für das öffentliche Wohl und für Europa beigemessen – in wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Hinsicht. Dies ermöglicht ein entschiedeneres politisches Handeln auf EU-Ebene, um unser europäisches Sportmodell zu fördern und zu schützen.

Dieses Modell stand in letzter Zeit in vielerlei Hinsicht auf dem Prüfstand – von den Auswirkungen der Corona-Pandemie bis hin zu den massiven aus dem Ausland getätigten Investitionen in den europäischen Sport und den erheblichen Problemen in den Bereichen Verwaltung, Gemeinwohl und finanzielle Nachhaltigkeit im Sport. Zudem gibt es aufsehenerregende Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, die sich auf die Organisation des Sports in Europa auswirken können.

Das europäische Sportmodell auf der Grundlage von Solidarität, Werten und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, wird im Falle meiner Bestätigung eine meiner obersten Prioritäten sein. In enger und kontinuierlicher Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren würde ich mich dafür einsetzen, dass die wichtigsten Merkmale des Sports erhalten bleiben, darunter die Autonomie und verantwortungsvolle Verwaltung im Sport, die Offenheit von Wettkämpfen, die Anerkennung von Verdiensten, Solidarität und Interdependenz zwischen Leistungs- und Breitensport sowie die Rolle der Freiwilligen.

Wir müssen das europäische Sportmodell weiter stärken. Es steht vor einigen seit Langem bestehenden Herausforderungen, wie z. B. der anhaltenden Unterrepräsentation von Frauen im Sport, insbesondere in der Sportverwaltung, sowie Hassreden, Missbrauch und Diskriminierung oder Fällen von Korruption und Doping. Beim europäischen Sport steht also viel auf dem Spiel, und deshalb brauchen wir eine neue und ehrgeizige Strategie für die Zukunft des europäischen Sportmodells. Im Falle meiner Bestätigung werde ich durch einen Dialog mit dem Europäischen Parlament, dem breiten Spektrum der Sportbewegung und den Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass die Ansichten aller Interessenträger bei der Bewältigung dieser Herausforderungen berücksichtigt werden. Unter uneingeschränkter Wahrung der Autonomie der Sportorganisationen möchte ich gemeinsame Lösungen sondieren und ermöglichen.

Eine Investition in den Sport fließt zugleich in die öffentliche Gesundheit. Die Studie StepUp! von WHO und OECD aus dem Jahr 2023 hat ergeben, dass die EU-Länder Einsparungen von durchschnittlich 0,6 % ihres Gesundheitsbudgets erzielen würden und mehr als 10 000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr vermeiden könnten, wenn sie gegen die körperliche Inaktivität der Bevölkerung insgesamt vorgehen würden. Aus jedem Euro, der in mehr körperliche Aktivität investiert wird, erwächst ein wirtschaftlicher Nutzen von schätzungsweise 1,7 EUR. Darüber hinaus hat der Sport einen bedeutenden gesellschaftlichen Wert – sein immaterieller Wert hinsichtlich der Gemeinschaftsbildung, der Förderung sozialer Kompetenzen und der Integration ist unverkennbar. Sport treibt den sozialen Wandel voran, stärkt den Zusammenhalt von Gemeinschaften und schafft gemeinsame Werte. Seine Rolle bei der Förderung des körperlichen und geistigen Wohlbefindens über alle Generationen hinweg ist entscheidend, da er eine gesündere Lebensweise fördert und gleichzeitig das gesellschaftliche Gefüge stärkt. Im Falle meiner Bestätigung würde ich der Teilnahme am Sport für alle – insbesondere für Menschen mit geringeren Möglichkeiten – Vorrang einräumen. Inspiriert durch meine Mitwirkung an der #BeActive-Kampagne zu Beginn dieses Jahres möchte ich die Europäische Woche des Sports und die #BeActive-Kampagne noch stärker fördern und dabei die Möglichkeiten von Erasmus+ zur Unterstützung des Breitensports voll ausschöpfen. Bei diesen und anderen Initiativen würde ich gerne mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten, um die Teilnahme am Sport für alle zu fördern.

Ich möchte eine mögliche Aktualisierung der Empfehlung des Rates zur sektorübergreifenden Unterstützung gesundheitsfördernder körperlicher Aktivität in Betracht ziehen. Dabei möchte ich insbesondere hervorheben, wie wichtig Sport und körperliche Aktivität für alle Menschen – unabhängig von ihrem Alter, ihrer Herkunft oder ihren Fähigkeiten – sowie für die Förderung der psychischen Gesundheit und eine Gemeinschaftsbildung mit starkem Zusammenhalt sind.

Die Förderung von Synergieeffekten zwischen Sport- und Bildungspolitik ist mir ebenfalls ein Anliegen. Insbesondere junge Menschen können durch Sport übertragbare, soziale und persönliche Kompetenzen erlangen. Zudem kann der Sport die Menschen auf persönliche und berufliche Erfolge vorbereiten. Durch mein aktives Engagement in einem Fußballverein vor Ort habe ich aus erster Hand erfahren, dass Kinder und Jugendliche durch den Sport lernen können, wie wichtig Fairness, Führungskompetenz und Teamwork sind. Im Falle meiner Bestätigung werde ich mit der Exekutiv-Vizepräsidentin für Fachkräfte, Kompetenzen und Vorsorge zusammenarbeiten, um die Mitgliedstaaten weiter dabei zu unterstützen, unserer jungen Generation hochwertige Sportangebote bereitzustellen, die ihre allgemeine Entwicklung und ihr Wohlbefinden fördern.

Durch den Sport und seine Grundsätze des Respekts und der Fairness werden Menschen über Grenzen hinweg zusammengeführt, und soziale, kulturelle und wirtschaftliche Unterschiede können überbrückt werden. Zugleich hat der Sport eine unbestreitbare politische Dimension und wird häufig als „Soft Power“-Instrument eingesetzt. Ich war von der Strahlkraft der diesjährigen Olympischen und Paralympischen Spiele in Paris beeindruckt, denen es gelungen ist, die europäische Lebensart und unsere gemeinsamen Werte wie Toleranz, Gleichheit, Respekt und Solidarität sowie Fairness und Einigkeit zu veranschaulichen.

Um das Vermächtnis von Paris 2024 zu bewahren und sicherzustellen, dass große Sportereignisse zur Verbreitung positiver Werte und zur Förderung von Frieden, Freiheit und Menschenrechten auf globaler Ebene beitragen, werde ich sportdiplomatische Dialoge mit der internationalen und europäischen Sportgemeinschaft aufrechterhalten. Angesichts des bereichsübergreifenden Charakters dieser Arbeit werde ich mich hierfür mit

anderen Kommissionsmitgliedern und Kommissionsdienststellen sowie der Hohen Vertreterin und Vizepräsidentin abstimmen. Wie auf dem Spielfeld gilt hier: Im Team sind wir stärker.

Frage des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

8. Im Rahmen Ihres Mandatsschreibens werden Sie mit der Ausarbeitung einer Strategie für Generationengerechtigkeit und der Umsetzung von Jugendtests beauftragt. Ein generationenübergreifender Ansatz muss jedoch ganzheitlich sein und sich auf alle Generationen konzentrieren. Welche Aktionen und Maßnahmen werden Sie vorschlagen, um die soziale Inklusion aller Generationen und ihre uneingeschränkte Teilhabe an Gesellschaft und Wirtschaft sicherzustellen? Welche Gesetzgebungsinitiativen sehen Sie im Hinblick auf junge Menschen und die Generationengerechtigkeit vor, und wie werden Sie in diesem Zusammenhang mit der designierten Exekutiv-Vizepräsidentin Roxana Mînzatu zusammenarbeiten?

Es erfüllt mich mit Stolz, dass ich von der Kommissionspräsidentin als erstes Kommissionsmitglied für das neue Themengebiet Generationengerechtigkeit nominiert worden bin. Ich stehe für einen politischen Ansatz ein, der die Bedürfnisse und Wünsche aller Generationen umfassend berücksichtigt – auf der Grundlage unserer Vergangenheit und in Vorbereitung auf die Zukunft. Es gilt, ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen und Herausforderungen der verschiedenen Generationen herzustellen. Dies ist entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Wohlergehen aller Altersgruppen. Eine Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2022 ergab eine interessante Schlussfolgerung: In Ländern mit geringeren altersbedingten Ungleichheiten sind die Bürgerinnen und Bürger tendenziell zufriedener mit ihrem Leben. Folglich ist dies ein entscheidender Faktor für unser gesellschaftliches Wohlergehen.

Im Falle meiner Bestätigung werde ich mich dafür einsetzen, dass die strategische Vorausschau in der gesamten Kommission als Grundlage für die Politikgestaltung und die strategische Planung dient. So kann die EU ihre strategischen Ziele erreichen, und wir sind besser darauf vorbereitet, Risiken zu bewältigen und die Chancen zu nutzen, die sich für künftige Generationen ergeben könnten. Dazu gehört auch die Generationengerechtigkeit – ich wurde beauftragt, eine Strategie auszuarbeiten, mit der wir die Kommunikation zwischen den Generationen verbessern und gewährleisten können, dass die Interessen gegenwärtiger und künftiger Generationen in unserer gesamten Politik und Gesetzgebung berücksichtigt werden. Zu meinen Prioritäten gehören die Förderung von generationenübergreifenden Lernangeboten und Belegschaften sowie die Unterstützung gemeindenaher Betreuung bzw. generationenübergreifenden Wohnens. Ziel ist es, die Solidarität zu stärken, das Humankapital zu erhalten und gleichzeitig die demografischen Herausforderungen zu bewältigen.

Die Solidarität zwischen den Generationen ist in den Verträgen verankert, und die umfassende Teilnahme aller Generationen an Gesellschaft, Demokratie und Wirtschaft ist von grundlegender Bedeutung. Die betroffenen Politikbereiche umfassen unter anderem Bildung und Jugend, Klimapolitik, Gesundheit und Wohlbefinden, Gleichstellung, Beschäftigung und Soziales, Haushalt, Wohnungswesen, Sicherheit und Verteidigung. Im Falle meiner Bestätigung würde ich die Dimension der Generationengerechtigkeit zugleich auch in die von mir zu betreuenden Bereiche integrieren. Mit den „Jugendtests“ können wir unsere Politik zukunftssicher gestalten und die Generationengerechtigkeit fördern.

Meiner Meinung nach sollten wir im Bemühen um Generationengerechtigkeit prioritär Reformen der Mitgliedstaaten unterstützen, die sich auf den gesamten Lebenszyklus erstrecken: längeres und gesünderes Privat- und Arbeitsleben, Schließung von Lücken beim Zugang zum Sozialschutz für Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Selbstständige sowie Abbau von geschlechtsspezifischen Unterschieden in allen Altersgruppen und Verbesserung der Qualifikationen und der Arbeitsmarktbeteiligung von jungen und älteren Menschen. Darüber hinaus sind weitere Bemühungen zur Bekämpfung von Armut in allen Altersgruppen und zur Erleichterung des erschwinglichen Zugangs zu Waren und Dienstleistungen, einschließlich Energie und Verkehr, sowie des Zugangs zu bezahlbarem Wohnraum erforderlich.

Im Falle meiner Bestätigung werde ich die strategische Vorausschau nutzen, um die Politikentwicklung im gesamten Kollegium zu unterstützen, auch in Zusammenarbeit mit der Exekutiv-Vizepräsidentin für Fachkräfte, Kompetenzen und Vorsorge. Mit ihrem Mandat von fünf Jahren hat die Kommission die Möglichkeit, das Bewusstsein für die vor uns liegende Welt zu schärfen und das Verständnis dafür zu vertiefen, sodass wir besser vorbereitet sind und unsere Politik nachhaltig gestalten können. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Generationengerechtigkeit als Teil unserer Gesamtaufgabe – dem Aufbau einer wohlhabenden, vielfältigen und gerechten Gesellschaft.

Frage des Rechtsausschusses:

9. Säulen der Kinderrechtsstrategie – kindgerechte Justiz in den Bereichen Zivil- und Familienrecht und bessere Rechtsetzung

Gemäß Ihrem Mandatsschreiben werden Sie für die Umsetzung der EU-Kinderrechtsstrategie von 2021 zuständig sein, die in der laufenden Wahlperiode fortgesetzt wird. Zwei der wichtigsten Säulen der EU-Strategie sind eine kindgerechte Justiz und die Teilhabe von Kindern am politischen und demokratischen Leben; der JURI-Ausschuss ist unter anderem für Zivil- und Familienrecht sowie für bessere Rechtsetzung und Folgenabschätzung der EU-Rechtsvorschriften zuständig. Könnten Sie erläutern, wie Sie in der Praxis mit den Kommissionsmitgliedern zusammenarbeiten werden, die für laufende und künftige Dossiers in diesen Bereichen zuständig sind, und ob Sie die Existenz der EU-Plattform für die Beteiligung von Kindern unterstützen werden, die als Konsultationsinstrument für die anstehenden Vorschläge dient, mit denen Einfluss auf das Leben und das Wohlergehen der jüngsten Generation in der EU ausgeübt wird?

Die EU-Kinderrechtsstrategie gibt uns bei der Förderung und dem Schutz der Rechte von Kindern in der gesamten EU die Richtung vor. Einer der Themenbereiche dieser Strategie ist eine kindgerechte Justiz, und hier werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass Kinder die bestmögliche Erfahrung machen, wenn sie mit dem Justizsystem in Kontakt kommen. Im Falle meiner Bestätigung werde ich mit den zuständigen Kommissionsmitgliedern zusammenarbeiten, um die praktische Umsetzung des EU-Besitzstands im Zivil-, Straf- und Verwaltungsrecht (z. B. bei Migrationsverfahren) sicherzustellen, damit Kinder in Gerichtsverfahren geschützt werden.

Im Bereich des Zivil- und Familienrechts, insbesondere im Rahmen einer kindgerechten Justiz, wäre es mein vorrangiges Ziel, die Gleichbehandlung aller Kinder über Ländergrenzen hinweg zu gewährleisten und bei allen Maßnahmen das Kindeswohl im Auge zu behalten. Der Schwerpunkt sollte auf der verstärkten Überwachung der korrekten Anwendung der bestehenden familienrechtlichen Instrumente, z. B. der Brüssel-IIb-Verordnung, durch die Mitgliedstaaten, und auf der Beschleunigung der Annahme der Verordnung über die Anerkennung der Elternschaft liegen. Im Falle meiner Bestätigung würde ich eng mit dem für Zivil- und Familienrecht zuständigen Kommissar für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit zusammenarbeiten, um diese Prioritäten weiter zu verfolgen.

Im Einklang mit den Politischen Leitlinien will ich mich dafür einsetzen, dass Kinder und Jugendliche mit ihrer Stimme die Zukunft mitgestalten können. Die Teilnahme am politischen und demokratischen Leben ist ein weiterer Themenbereich der EU-Kinderrechtsstrategie. Die EU-Plattform für die Beteiligung von Kindern fördert auf innovative Weise die Einbeziehung von Kindern auf allen Ebenen – EU, national und vor Ort – und bietet einen sicheren Raum für einen konstruktiven Dialog mit jungen EU-Bürgerinnen und -Bürgern, um sie an Entscheidungen auf EU-Ebene zu beteiligen. Im Falle meiner Bestätigung werde ich dafür sorgen, dass bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen Synergien mit breiter angelegten Initiativen wie dem Schutzschild für die Demokratie ausgeschöpft werden.

Frage des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres:

10. Ihr Mandat hat die Umsetzung der EU-Kinderrechtsstrategie von 2021 sowie die Annahme von Initiativen, mit denen sichergestellt wird, dass junge Menschen zur Gestaltung der Zukunft der Union beitragen können, zum Schwerpunkt. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Beteiligung von Kindern und jungen Menschen am Beschlussfassungsverfahren zu verstärken und vor allem in der gesamten Union zu harmonisieren? Ziehen Sie einen Follow-up-Mechanismus für partizipative Prozesse für Kinder und junge Menschen in Betracht, der sicherstellen würde, dass die Konsultationsverfahren für Kinder und junge Menschen zielführend sind? Könnten Sie bitte das Konzept der „Jugendtests“ und die Struktur der „jugendpolitischen Dialoge“ näher ausführen? Welche Akteure werden daran beteiligt sein? Welche Bereiche/Themen werden Sie ins Visier nehmen? Im Rahmen Ihres Mandats scheint es keine Hinweise auf Initiativen für Kinder im digitalen Zeitalter zu geben. Erwägen Sie, konkrete Initiativen zu diesem Thema zu ergreifen?

Wie sieht zum Beispiel Ihre Strategie zur Eindämmung von Cybermobbing aus, und sind Sie der Ansicht, dass Informationskampagnen, Bildung und Medienkompetenz wirksame Instrumente sind, um die übermäßige Bildschirmzeit und die negativen Auswirkungen der sozialen Medien auf junge Menschen zu bekämpfen? Was wären die idealen Ergebnisse einer EU-Untersuchung zu den weitreichenden Auswirkungen sozialer Medien, und gehen Sie davon aus, dass die Ergebnisse von früheren Studien abweichen? Welche Schritte sind Sie außerdem bereit zu unternehmen, um für den Schutz von Kindern, die Opfer von Cybermobbing sind, im Rahmen der Umsetzung der EU-Kinderrechtsstrategie zu sorgen?

Die EU-Kinderrechtsstrategie bildet den Rahmen für Maßnahmen zur Bewältigung neuer Herausforderungen, wie in den Politischen Leitlinien und in meinem Mandatsschreiben dargelegt. Im Falle meiner Bestätigung werde ich in enger Zusammenarbeit mit den anderen Kommissionsmitgliedern in allen relevanten EU-Politikbereichen dafür sorgen, dass die Gesetzgebung und die Finanzierungsprogramme den dringenden Bedürfnissen der Kinder gerecht werden. Kinder haben ein Recht auf Teilnahme am politischen und demokratischen Leben. Das ist einer der zentralen Bereiche der EU-Strategie. Kinder, die die Bedeutung einer aktiven Bürgerschaft verstehen, entwickeln sich zu aktiven jungen Bürgerinnen und Bürgern. Wie bereits in meiner Antwort auf die neunte Frage ausgeführt, ist die EU-Plattform für die Beteiligung von Kindern ein wichtiges Instrument, um Kinder in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament in Entscheidungen auf EU-Ebene einzubeziehen. Im Falle meiner Bestätigung möchte ich sicherstellen, dass die jüngsten Bürgerinnen und Bürger über diese Plattform an der Gestaltung ihrer Zukunft mitwirken können, und zwar in Fortführung von Aktionen zur Jugendbeteiligung. Angesichts der zunehmenden Beteiligung von Kindern an den Tätigkeiten der Kommission halte ich es für entscheidend, dass bei diesen Maßnahmen die einschlägigen Rahmenbedingungen für den Schutz von Kindern angewandt werden und würde darauf hinarbeiten.

Der „Jugendtest“ ist das zentrale Instrument, mit dem die Jugend Europas als Akteur des Wandels weiter gestärkt werden soll. Im Falle meiner Bestätigung werde ich mit dem „Jugendtest“ für eine systematische Berücksichtigung der Ansichten junger Menschen in allen Politikbereichen sorgen. Wie auch in meiner Antwort auf die dritte Frage ausgeführt, wird die Kommission im Rahmen des „Jugendtests“ prüfen, inwieweit die in ihrem Jahresarbeitsprogramm vorgesehenen Initiativen für junge Menschen relevant sind, und für diejenigen Initiativen, bei denen eine solche Relevanz festgestellt wird, wird sie spezielle Jugendkonsultationen organisieren.

Wir brauchen einen gemeinsamen, mehrere Politikbereiche umspannenden Ansatz für die Anliegen junger Menschen wie z. B. psychische Gesundheit und Wohlbefinden, Wohnen, die Auswirkungen des Klimawandels, Kompetenzentwicklung, soziale Medien usw. Damit junge Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund die Möglichkeit bekommen, ihre Meinung und ihre Ideen zum Ausdruck zu bringen und sich an konstruktiven Diskussionen zu beteiligen, werde ich die Organisation der jährlichen Politikdialoge mit jungen Menschen unterstützen, die bereits in den ersten 100 Tagen der Amtszeit anlaufen werden. Zudem würde ich bei der Einrichtung des Jugendbeirats der Präsidentin mitwirken. Dieser soll uns zu den für junge Menschen wichtigen Themen beraten und Rückmeldungen zu den von der Kommission entwickelten Ideen geben.

In den Politischen Leitlinien wird betont, dass eine unserer größten Herausforderungen in diesem Jahrzehnt darin besteht, die psychische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen, insbesondere im Internet, zu schützen. Es darf weder online noch offline Raum für Gewalt, Hass, Missbrauch oder Mobbing geben. Deshalb müssen wir uns mit den neuen Herausforderungen durch virtuelle Welten, künstliche Intelligenz und übermäßige Bildschirmzeit auseinandersetzen. Das muss im Mittelpunkt unserer gemeinsamen Arbeit mit den Mitgliedstaaten zum Thema Cybermobbing stehen. In erster Linie geht es dabei um Prävention, Sensibilisierung und die Bekämpfung von Diskriminierung, missbräuchlichem und toxischem Verhalten, Radikalisierung und Hassreden im Internet, damit sich Kinder in der Schule, im Freundeskreis und zu Hause in einem sichereren Klima des Wohlbefindens entfalten können. Zudem sollten Kinder wissen, wie sie Mobbing melden und dabei schnelle und umfassende Unterstützung erhalten können. Und schließlich ist es wichtig, dass die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten gegen die Täter vorgehen, um missbräuchliches und toxisches Verhalten zu unterbinden.

Der Schutz der Kinderrechte hat eine starke digitale Dimension. Mit der Verordnung über künstliche Intelligenz soll ein Gleichgewicht zwischen Innovation und Wahrung der Grundrechte, einschließlich der Rechte des Kindes, hergestellt werden. Die Initiative zu virtuellen Welten wird sicherstellen, dass in Metaversen die EU-Werte und -Grundrechte, einschließlich der Rechte des Kindes, berücksichtigt werden. Das Gesetz über digitale Fairness, mit dessen Ausarbeitung das Kommissionsmitglied für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit beauftragt ist, ist eine weitere wichtige Initiative zum besseren Schutz von Kindern im Internet. Im Falle meiner Bestätigung werde ich an den Arbeiten in diesem Bereich mitwirken.

Die im Mai 2024 angenommene Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt schreibt erstmals die strafrechtliche Verfolgung bestimmter Formen von Cybergewalt gegen Frauen und Mädchen in den Mitgliedstaaten vor. Die neuen Straftatbestände umfassen die nicht einvernehmliche Weitergabe intimer Bilder und Cybermobbing – Straftaten, von denen heute viele junge Menschen betroffen sind. Im Falle meiner Bestätigung werde ich das für Gleichberechtigung zuständige Kommissionsmitglied bei der Umsetzung der neuen Vorschriften unterstützen und dabei besonderes Augenmerk auf eine kindgerechte Meldung von Vorfällen und Unterstützungsmaßnahmen für Familien und Schulen legen. Ich möchte ferner mit dem Kommissar für Inneres und Migration zum besseren Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch online und offline zusammenarbeiten,

sowie auch mit dem Kommissar für Demokratie, Justiz und Rechtsstaatlichkeit, um Justizsysteme zu schaffen, die an Kinder – ob Opfer oder Täter – angepasst sind.

Die Politischen Leitlinien sehen eine Untersuchung der umfassenderen Auswirkungen sozialer Medien vor. Im Falle meiner Bestätigung würde ich mich insbesondere auf die Auswirkungen der sozialen Medien und übermäßiger Bildschirmzeit auf junge Menschen konzentrieren. Dadurch können wir die Fortschritte im Vergleich zu früheren Bewertungen beobachten und die verbleibenden Herausforderungen erfassen, z. B. in Bezug auf suchterzeugende, schädigende oder aggressive Geschäftspraktiken von Unternehmen und den Gesundheitszustand junger Menschen, während wir im Umgang mit der digitalen Welt kompetenter und widerstandsfähiger werden. Wie im Mandatsschreiben des für Gesundheit zuständigen Kommissionsmitglieds dargelegt, sollte diese Untersuchung Teil einer faktengestützten Debatte sein. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir einen umfassenden Plan zum Schutz des psychischen und emotionalen Wohlbefindens junger Menschen brauchen. Dabei sollten politische Entscheidungsträger, Regierungen, Schulen, Familien und andere Akteure Hand in Hand daran arbeiten, die Risiken des Online-Umfelds zu mindern.

Im Falle meiner Bestätigung werde ich federführend an einem Aktionsplan gegen Cybermobbing arbeiten, der auf dem digitalen Teil der EU-Kinderrechtsstrategie aufbaut. Bei der Erarbeitung wirksamer Lösungen würde ich mir die Strategie der Kommission für ein besseres Internet für Kinder (BIK+) zunutze machen, indem ich auf die umfangreichen Erfahrungen und das Fachwissen des von der EU mitfinanzierten Netzes der Safer-Internet-Zentren zurückgreife. Diese Zentren tragen entscheidend zur Bekämpfung von Cybermobbing bei: durch Sensibilisierung, Bereitstellung von Ressourcen und Instrumenten für junge Menschen, Eltern und pädagogische Fachkräfte sowie durch die Förderung der Meldung von Vorfällen und der Inanspruchnahme von Unterstützung durch junge Nutzerinnen und Nutzer und ihre Familien. Ich würde anregen, dass die Mitgliedstaaten nach dem Gesetz über digitale Dienste vertrauenswürdige Hinweisgeber ernennen, die über nachweisliches Fachwissen in Bezug auf den Schutz von Minderjährigen, einschließlich Cybermobbing, verfügen. Zudem halte ich es für notwendig, über die potenziellen Vorteile eines gemeinsamen EU-Rahmens zur Bekämpfung von Cybermobbing nachzudenken und eine gemeinsame Definition dieses Verhaltens zu entwickeln.

Da die Bekämpfung von Cybermobbing einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz erfordert, würde sich der Aktionsplan stark auf die Arbeit in anderen Ressorts stützen, um Themen wie Bildung, digitale Gesellschaft, Bekämpfung von Hassreden sowie Sicherheit, Gleichstellung und Gesundheit einzubeziehen.